

## **V-13 Rechtsruck stoppen – Zivilgesellschaft stärken!**

Antragsteller\*in: Jonas Graeber, Ricarda Lang, Daniela  
Ehlers, Sebastian Hansen, Anne  
Steuernagel, Georg Kurz, Niklas Wagener  
Tagesordnungspunkt: V – Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

1 Das Bundesministerium für Familie Senioren Frauen und Jugend (BMFSFJ) ist in  
2 Deutschland an vielen Stellen für die Finanzierung von zivilgesellschaftlichen  
3 Organisationen zuständig. Organisationen, die unschätzbar wichtige Arbeit für  
4 die Gesellschaft leisten, aber nicht von alleine überleben können, werden hier  
5 gefördert.

6 Vor kurzem haben das BMFSFJ und das Finanzministerium nun entschieden, in der  
7 kommenden Förderperiode die Mittel zu kürzen, die Förderstruktur zu verändern  
8 und insgesamt deutlich weniger Organisationen zu unterstützen. Damit ziehen die  
9 Ministerien vielen zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen den Boden unter den Füßen  
10 weg – ein offener Schlag ins Gesicht von Exit, Amadeu Antonio Stiftung und vielen  
11 Weiteren. Und angesichts des massiven Rechtsrucks ist das auch eine  
12 unverantwortliche Sabotage von und Ignoranz gegenüber allen, die sich aktiv  
13 gegen Nazis einsetzen, und Personen, die von rechter Gewalt betroffen sind.

14 Organisationen, die seit Jahren Nazis den Ausstieg aus der Szene ermöglichen.  
15 Organisationen, die präventiv mit vielen Jugendlichen arbeiten, um das Erkennen  
16 von nationalistischen und rassistischen Argumentationen zu ermöglichen sowie das  
17 Abrutschen in Nazi-Strukturen zu verhindern. Organisationen, die messerscharfe  
18 wissenschaftliche Analysen zur Entwicklung von Nationalismus, Rassismus und  
19 Antisemitismus in Deutschland erstellen. Kurzum – Der Staat hat bisher diese  
20 zentralen Aufgaben, vor allem über das „Demokratie leben“-Projekt, an  
21 zivilgesellschaftliche Organisationen ausgelagert. Und weigert sich nun, die  
22 Erfüllung dieser übernommenen Aufgaben angemessen zu finanzieren.

23 Die ersten Folgen davon sind bereits sichtbar. So berichtet die  
24 Aussteiger\*innen-Hilfe Exit, dass sie die bereits betreuten Personen noch  
25 „abwickeln“ könne, diese durch das abrupte Ende der Förderung aber völlig allein  
26 gelassen werden und dadurch in Gefahr geraten.

27 Zwar hat das BMFSFJ nach einem heftigen Aufschrei jetzt vorerst zugesagt, die

28 betroffenen Organisationen zumindest im nächsten Jahr weiter zu finanzieren. Was  
29 danach kommt, ist allerdings völlig unklar. Deswegen bedarf es jetzt einer  
30 grundlegenden strategischen Neuausrichtung, anstatt die alten Fehler zu  
31 wiederholen. Denn das Festhalten des BMFSFJ an der neuen Förderstruktur ist  
32 wesentlich daran Schuld, dass viele Organisationen leer ausgehen sollten. Die  
33 Beschränkung auf 100 Modellprojekte und 14 Kompetenzzentren hat zu einem Rückzug  
34 aus der Fläche geführt. Es wurden unnötig Mittel verschwendet, dadurch, dass  
35 zivilgesellschaftliche Organisationen miteinander konkurrieren mussten. Außerdem  
36 hat die Modellprojekt-Struktur dazu geführt, dass erfolgreiche Projekte sich in  
37 der aktuellen Form nicht einfach wieder bewerben konnten, sondern neue und  
38 andere Wege gehen mussten, um weiterhin förderfähig zu sein – völlig absurd bei  
39 gut funktionierenden Projekten. Ebenso kritisieren wir die völlig willkürliche  
40 Vermischung von Prävention und Deradikalisierung scharf. Von vormals in der  
41 präventiven Jugendarbeit tätigen Organisationen zu verlangen, nun auf einmal mit  
42 Aussteiger\*innen zu arbeiten, die Jahrzehnte in der Nazi-Szene aktiv waren,  
43 gefährdet die Prävention massiv und reißt jahrelange Aufbauarbeit ein.

44 Deshalb fordern wir:

- 45 - Das BMFSFJ muss jetzt sofort gegensteuern, bevor es zu spät ist. Eine  
46 umfassende Aufstockung der Mittel ist dringend erforderlich. Im zweiten Schritt  
47 bedarf es einer problemorientierten Verteilung dieser Mittel. Projekte, die  
48 direkt mit Aussteiger\*innen arbeiten, sind hier an die erste Stelle zu setzen.
- 49 - Erfolgreiche Projekte, entweder der Deradikalisierung oder der  
50 Präventionsarbeit, dürfen durch ein Fördermodell nicht gezwungen werden, an den  
51 fundamentalen Stützen ihres eigenen Erfolges zu sägen, indem sie sich für die  
52 erneute Beantragung von Fördermitteln unnötig neue Konzepte ausarbeiten müssen.
- 53 - Alle Bundestagsabgeordneten müssen sich dringend für eine Aufstockung und  
54 Neuverteilung der Mittel einsetzen. Wir fordern die Bundestagsabgeordneten von  
55 Bündnis 90/Die Grünen dazu auf, gegen den Bundeshaushalt 2020 zu stimmen, sollte  
56 die Verteilung der „Demokratie leben“-Mittel entgegen der Ankündigung des  
57 Ministeriums entlang des ursprünglichen Vorschlags bestehen bleiben.
- 58 - Die Bundesländer müssen, sollte die Finanzierung durch den Bundeshaushalt  
59 nicht sichergestellt werden, die Finanzierungslücken durch ihre Landeshaushalte  
60 auffangen, um so zumindest die schwerwiegendsten Folgen etwas abzuschwächen.
- 61 - Sowohl für Deradikalisierungsarbeit, als auch für Präventionsarbeit müssen  
62 genügend Gelder zur Verfügung gestellt werden. Diese Bereiche dürfen nicht  
63 miteinander vermischt, vor allem aber nicht gegeneinander ausgespielt werden.

## **Begründung**

erfolgt mündlich.